Die Zahl der Getöteten wird auf über 30 und die der Verletzten auf 150 veranschlagt.

•

Der türkische Protest.

Konstantinopel, 25. Februar. Die Nachrichten aus **Beirut** rufen hier lebhafte Erregung hervor, vor allem im Handelsviertel. Da Beirut nur einige alte Geschütze besitzt, die längs der Küste vor der Stadt aufgestellt sind, wird es als offene Stadt betrachtet. Das Ministerium des Aeußeren erhob gegen das Vorgehen Italiens **bei den Großmächten Protest.**

Konstantinopel, 25. Februar. Die Blätter greifen Italien wegen des Bombardements von Beirut heftig an. Tanin meint, die Beschießung Beiruts werde den Mut der Ottomanen nicht wankend machen. Im Gegenteil, es werde den Patriotismus der ottomanischen Nation noch mehr anfeuern. Es gebe keinen Grund mehr, den in der Türkei lebenden Italienern Gastfreundschaft zu gewähren. Durch die Verletzung des Annexionsdekrets schwinde jede Möglichkeit, Frieden zu schließen und sich wieder zu versöhnen. Die Mächte, insbesondere Deutschland, werden keinen Boden mehr für eine Verständigung finden. Wir werden solange keinen Frieden schließen, bis nicht Tripolis gerettet ist. Die Aktion der Flotte werde zu nichts führen. Alle anderen Blätter führen dieselbe Sprache. — Sabah veröffentlicht eine Aeußerung eines türkischen Ministers, welcher meinte, das Bombardement von Beirut werde den ottomanischen Standpunkt in keiner Weise ändern. Die Kriegserklärung sei ein Fehler der Italiener gewesen. Die Verletzung des Annexionsdekrets sei ein zweiter, das Bombardement von Beirut ein dritter Fehler. Der Krieg werde jetzt durch das Erscheinen des Schreckens der Seemacht in eine [illegible] Phase treten.

Konstantinopel, 25. Februar. Der Ministerrat hat die **Ausweisung der in den Vilajets Aleppo, Beirut und Syrien ansässigen Italiener, mit Ausnahme der Ordensgeistlichen, beschlossen.** Den Ausgewiesenen wird eine Frist von vierzehn Tagen gewährt, innerhalb deren sie das Land verlassen müssen. In **Beirut** ist der **Belagerungszustand** erklärt worden.

Frankreichs Haltung.

Paris, 25. Februar. Die Regierung verfügte die Entsendung eines Kreuzers in die Levante, um, wenn nötig, die französischen Interessen zu schützen.

Das Bombardement wird von der gesamten Presse lebhaft erörtert. Mehrfach wird hervorgehoben, das Vorgehen der Italiener könne auf Grund des Wortlautes der Haager Konvention zwar berechtigt erscheinen, sei aber bedenklich mit Rücksicht auf die beträchtlichen Interessen, welche fast alle Mächte in Beirut haben und noch mehr wegen der den Christen aller Nationen drohenden Gefahren, falls der religiöse Fanatismus der Muselmanen durch derartige Vorkommnisse aufgestachelt würde. Siècle sagt, Italien hoffe offenbar, durch ein derartiges Vorgehen die Mächte zur Vermittlung zu zwingen. Einige Blätter führen eine sehr scharfe Sprache und meinen, der Umstand, daß die Italiener für ihre neueste Aktion gerade Beirut ausersehen haben, lasse beinahe annehmen, daß es sich um einen neuen Ausbruch von Franzosenhaß handele.

Schießerei bei Milos.

Konstantinopel, 25. Februar. Halbamtlichen Meldungen zufolge ist in der Nacht vom 21. d. M. in einem kleinen Hafen bei Milos an der Küste des Vilajets Smyrna ein italienisches Kriegsschiff erschienen. Nachdem es auf ein Haus mehrere Kanonenschüsse abgefeuert hatte, dampfte es in der Richtung von Samos ab.

•

Aus Tripolis.

Paris, 24. Februar. Der Temps erhielt von seinem im türkischen Lager befindlichen Korrespondenten aus Adsis vom 22. d. M. die Meldung, daß eine aus zwei Reiterschwadronen, vier Bataillonen Infanterie und drei Artilleriebatterien bestehende italienische Truppenabteilung einen Vorstoß gegen Zanzur unternahm, um dasselbe zu besetzen. Die türkischen und arabischen Truppen zwangen die Italiener nach [illegible] Kampfe, sich zurückzuziehen. Auf türkischer Seite wurden zwei Leute leicht verwundet. Die Verluste der Italiener sind unbekannt.

Rom, 25. Februar. Aus **Tobruk** wird gemeldet: Zwei feindliche Kolonnen, die aus Infanterie und Kavallerie bestanden, unternahmen eine Erkundung in der Richtung auf das Südwestfort. In einer Entfernung von 300 Meter wurden sie durch Infanterie- und Artilleriefeuer der Italiener, die keine Verluste erlitten, zum Rückzug gezwungen.

•

Tripoliskredite.

Rom, 25. Februar. Finanzminister Tedesco hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den für das Kriegsministerium ein außerordentlicher **Kredit** von 140 Millionen und für das Marineministerium ein solcher von 70 Millionen verlangt wird. Von den 140 Millionen sind 98 Millionen für das Expeditionskorps und Reservemannschaften einschließlich bis Februar und 42 Millionen für die Ersetzung des nach Libyen transportierten Kriegsmaterials bestimmt. Die Vorlage sieht ferner einen Kredit von 85 Millionen vor, von denen 20 Millionen für weiteren Ersatz des Kriegsmaterials und 15 Millionen für den Truppenunterhalt bestimmt sind. Die Gesamtausgaben von **295 Millionen** werden gedeckt aus den Ueberschüssen der Budgets bis 1913. Endlich sieht die Vorlage einen Kredit von 10 000 000 Lire vor für die dringenden Straßenarbeiten in Tripolis, Bengasi, Derna und Homs, sowie für den Zivildienst, für sanitäre Maßnahmen und für den Telegrammund Telephonbetrieb in Libyen, betreffend das Kabel Syrakus-Tripolis und Syrakus-Bengasi, sowie für das Telephonnetz in Tripolis.

Deutsches Reich.

Bassermann über die Präsidentenwahl.

Der Abgeordnete Bassermann sprach am Sonntag in seinem Wahlkreise **Saarbrücken**. Er behandelte hauptsächlich die Präsidiumsfrage, ohne erheblich Neues zu sagen. Seine Fraktion habe weder ein „Großblock“-Präsidium noch ein schwarzblaues Präsidium mit nationalliberalem Feigenblatt gewollt, sondern ein Arbeitspräsidium, an dem auch die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion beteiligt werden sollte. Daß dann auch für Bebel als Präsidenten Stimmen aus seiner Fraktion abgegeben seien, halte auch er für einen Fehler. Ein Beschluß der Fraktion habe hierüber nicht vorgelegen. „Uebrigens“, sagte Bassermann, „werde die Sache übertrieben, denn nach seiner Schätzung hätten **höchstens fünfzehn nationalliberale Abgeordnete** für den Sozialdemokraten gestimmt.“ Als seine Fraktion beschlossen habe, für Scheidemann als Vizepräsidenten **zu** stimmen, sei dessen Rede gegen die Hohenzollern nicht in Erinnerung gewesen.

In der Debatte kritisierte der rechtsnationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Röchling die Haltung der Reichstagsfraktion, die auch nicht für Scheidemann hätte stimmen dürfen. **Als** Röchling die Besetzung des Präsidiums gemeinsam mit **Konservativen** und Zentrum befürwortete, wurde aus der Versammlung **lauter Protest** erhoben. Schließlich sprach man Herrn Bassermann **volles Vertrauen** aus.

Der Vorgang scheint zu bestätigen, daß in erster Reihe die Industriellen und Bureaukraten unter den Nationalliberalen den Widerstand gegen die nationalliberale Fraktion in der Präsidiumsfrage organisieren. Die Menge der Anhänger denkt darüber anders, aber — sie hat in dieser Partei herzlich wenig zu sagen.

Wie sich die Nationalliberalen aber bei der endgültigen Wahl des Präsidiums verhalten wollen, hat Herr Bassermann durch keine Andeutung verraten. Er weiß es selbst noch nicht! Ein trauriges Schauspiel!

• • •

Dr. Julius **Bachem**-Köln, einer der Drahtzieher der Kölner Richtung im Zentrum, beschäftigt sich im Scherlschen Tag mit der neuen Präsidentenwahl. Er schlägt — **für seine Person** — vor, **einen nationalliberalen Präsidenten zu wählen und den ersten Vizepräsidenten dem Zentrum und den zweiten den Konservativen zu geben.** Aus parteitaktischen Gründen, um den antiklerikalen Widerspruch nicht zu reizen, meint er, würde auch Windthorst die Uebernahme des Präsidiums durch das Zentrum abgelehnt haben. Es sei klüger, sich mit dem ersten Vizepräsidentenposten zu begnügen.

Kaisers Rock.

Ein in Heidelberg erscheinendes Zentrumsblättchen, der Pfälzer Bote, berichtet, daß **Professor Dr. Czerny, Generalarzt mit dem Range als Generalmajor, auf sein Ersuchen aus dem Verhältnis** à la suite **des Sanitätskorps ausgeschieden** ist. Das klerikale Blättchen bemerkt dazu:

„Herr Czerny hat also aufgehört, Generalarzt à la suite zu sein. Das kommt davon, wenn man des **Kaisers Rock** trägt und es mit dieser Ehre vereinbar hält, für die **Unterstützung der Sozialdemokratie** Propaganda zu machen. Hoffentlich lassen sich die übrigen badischen Sozenschwärmer den Fall Czerny **zur Warnung** dienen.“

Professor Dr. Czerny hat vor den Reichstagswahlen im Berliner Tageblatt in der Serie „**Die Front gegen rechts!**“ einen offenen Artikel gegen die Schwarzblauen veröffentlicht. Dieses Bekenntnis ist den schwarzblauen Politikern naturgemäß unangenehm gewesen, und Bedientenseelen und Denunzianten haben zu weiterer Verhetzung gewiß das ihrige getan. Mit Recht schreibt die Frankfurter Zeitung: „Czerny verliert von seinem Rufe infolge des Ausscheidens aus seinem militärischen Verhältnis sicher nichts. Er bleibt was er war. Als Mensch aber wird er in den Augen aller derer, denen die persönliche Ueberzeugung etwas gilt, nur noch gewinnen.“

Der Fall zeigt wieder, daß kein Wort unwahrer ist als jenes vom sogenannten „**Volksheer**“. Vielmehr wird jeder freie Mann, der mit dem Volke ist, aus diesem „kaiserlichen“ Heere ausgemerzt!

Der neue Landtag in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Am Dienstag wird der Prinzregent Luitpold in höfischem Zeremoniell den neuen Landtag eröffnen, auf dessen Ministerbank sein Sohn Ludwig, der tatsächlich die Regierung bereits übernommen hat, lauter neue Männer entsandt hat.

Die Aera eines ausgesprochen klerikalen Ministeriums erregt über die bayrischen Landesgrenzen hinaus ein lebhaftes Interesse. Ihre Einflüsse auf die Reichspolitik sind nicht unbeträchtlich. Man braucht nur daran zu denken, daß die beiden leitenden Männer Bayerns, die Zentrumsherren von Hertling und Soden, die entschiedensten **Gegner einer Reichserbschaftssteuer** und direkter Reichssteuern überhaupt gewesen sind. Wie wird sich diese Tatsache im Bundesrat und in seinen Entschließungen über die Reichsfinanzen äußern?

Die Regierungsfähigkeit des Zentrums wird sich nunmehr zu beweisen haben. In dem Konflikt einer klerikalen Nebenregierung mit der höfisch-bureaukratischen verantwortlichen Regierung ist der alte Landtag zusammengebrochen und das Ministerium erledigt worden. Die alten Regierungs„ziel“ des Zentrums sind aufs Gnadenbrot gesetzt worden, und Männer erscheinen jetzt vor dem Landtag, die zwar nicht die Erbschaft ihrer Vorgänger in den Ministerien, aber die schwerere Bürde der Zentrumspolitik zu übernehmen haben.

Das Zentrum ist geschwächt, die ihm versippten Konservativen fast aufgerieben aus dem Wahlkampf zurückgekehrt. Sie haben zwar noch die Mehrheit, aber zusammen nicht mehr wie vordem, die Zweidrittelmehrheit; damit können sie **allein** keine Verfassungsänderungen mehr beschließen, beispielsweise nicht die Uebertragung der Königswürde an den Prinzen Ludwig zu Lebzeiten des Königs Otto. Gerade Verfassungsfragen aber dürften in der nächsten Zeit den Landtag vielfach beschäftigen. Die **Demokratisierung** Bayerns ist durch keine Zentrumsmehrheit, noch weniger durch ein schwarzes Ministerium mehr aufzuhalten. Niemand zweifelt daran, daß die Selbständigkeit der Südstaaten und die Erhaltung ihrer Dynastien ausschließlich auf der **Volkstümlichkeit** ihrer Politik beruht. Wer heute davon träumen würde, in Bayern eine reaktionäre Gewaltpolitik zu beginnen, wäre verdächtig, die bayrische Selbständigkeit an Preußen, an seine Dynastie und an sein Junkertum auszuliefern. Die endliche Wirkung solcher Politik wäre das Ende der Wittelsbacher. **Demokratischer Ausbau** — das ist die staatliche Lebensbedingung bayrischer Selbständigkeit.

So betrachtet, ist auch die Parteienkoalition gegen Zentrum und Konservative eine Erscheinung, die über den ursprünglichen Zweck des wahltaktischen Abkommens hinaus ihre Bedeutung behält. Gerade weil das Wahlziel, der Sturz der Zentrumsmehrheit, nicht ganz erreicht wurde, ist die innere Geschlossenheit dieses Bundes um so sicherer verbürgt. Der politische Freiheitsdrang, die Leidenschaft demokratischer Entwicklung, die danach strebt, Arbeitern, Bauern, Bürgern die volle geschichtliche Mündigkeit der Selbstbestimmung — gegen klerikal-bureaukratische Entmündigungsversuche — zu erkämpfen, ist die innerliche Gemeinschaft, die die Zentrumsgegner zusammenhält, bei aller Verschiedenheit und Unabhängigkeit der besonderen Parteiziele. Im dem Kampf um den **Proporz** wird sich das gemeinsame Interesse zunächst äußern.

Ist sonach das Zentrumsministerium, unter dem unentrinnbaren Zwang der Verhältnisse, unfähig, reaktionäre Gewaltpolitik zu treiben, es müßte denn die Selbstzerstörung wollen und Katastrophen mutwillig herbeizuführen wagen, so kann es eine andere geschichtliche Aufgabe in der Tat leisten: die volkstümliche Verlorung des Zentrums für immer zerstören und den feudalen Grundzug dieser Partei vor aller Welt entblößen. Das Ministerium der **Zentrums-Reichsräte** ist das Ende der **Zentrumslegende**. Der **Bauerndoktor** Heim ist tot, und der **Bauernleger** Soden lebt als Minister. Die Zentrumspichler können nun nicht mehr oppositionelle Maulpolitik gegen die Regierung treiben, und die Kulissenwirtschaft der kleinen schwarzen Intriganten von der Art der Frank und Coban gegen die Minister ist zu Ende. **Das schwarze Ministerium** zerstört die schwarze Nebenregierung. Die **bonapartistische** Staatsgewalt hat **zur Strafe für die Zentrumsausschweifungen subalternen Uebermuts die Partei an die Kette der ministeriellen Zentrumsbarone gelegt. Die plumpe und illegitime Herrschaft der Pichler, Held und Frank ist vorbei. Es handelt sich nur noch um die Auseinandersetzung des demokratischen Fortschritts mit der feudalen Reaktion!** Und in diesem **Kampfe stehen alle freien Bayern, Arbeiter, Bürger,** Bauern zusammen.

Der gestrichene Gnadenfonds.

Aus der Budgetkommission **des elsaß-lothringischen** Landtages wird ein Vorgang **gemeldet, der — leider —** nicht alltäglich ist: **Die Kommission hat von ihrem Rechte, Etatsstreichungen vorzunehmen, Gebrauch gemacht und u. a. den** Gnadenfonds **des Kaisers um 100 000 M. gekürzt.** Konservative Blätter wie die **Dresdner Nachrichten zetern** bereits von „**Brüskierung des Kaisers**“ und „**Dank für Gewährung** der Verfassung“, **nur weil sich in den Reichslanden einmal** eine Kommissionsmehrheit **gefunden hat, die den Etat** volkstümlich zu gestalten sucht. — **Offiziös wird über die Budget**beratung gemeldet:

In der Budgetkommission **des Landtages** beantragten die Sozialdemokraten beim Etat der Finanzen, **den Gnadenfonds des Kaisers** in Höhe von 100 000 M. und **den Dispositionsfonds des** Statthalters in Höhe von 180 000 M. zu streichen und die dadurch gewonnenen 280 000 M. **zu einer Teuerungszulage** für die Unterbeamten und etatsmäßigen **Hilfsbeamten, sowie zur Unterstützung** hilfsbedürftiger Hinterbliebener **solcher Beamten im Einvernehmen** mit einer fünfgliedrigen **Kammerkommission zu verwenden.** Bezüglich des Gnadenfonds **entspann sich eine längere Debatte,** weil die **Mehrheit ein Kontrollrecht des Parlaments auch für diesen** Fonds in Anspruch **nahm und forderte, daß eine Unterkommission** von vier Mitgliedern **die Belege im einzelnen nachprüfen solle.** Die Regierung erklärte, **diesem Verlangen nicht stattgeben zu können,** da der Fonds **als Gnadenfonds nicht auch gleichzeitig der parlamentarischen** Kontrolle **unterliegen könne.** Die Liberalen nahmen das Kontrollrecht **im Prinzip in Anspruch, erklärten aber mit Rücksicht** auf die **Zweckbestimmung des Fonds, aus Gründen des parlamentarischen Taktes auf seine Ausführung zu verzichten, und wiesen** darauf hin, daß **auch der aus demokratischen Wahlen hervorgegangene** Reichstag für den **entsprechenden Fonds in Höhe von 3 Mill. M.** das Kontrollrecht nie beansprucht habe. **Es müsse diese Forderung** vom Kaiser **als eine Brüskierung empfunden werden, zu der die Liberalen** nie die Hand reichen **könnten. Gegen die Stimmen der Liberalen wurde hierauf der Fonds gestrichen.** Der Dispositionsfonds wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Die Belege über die Ausgaben werden der Rechnungsprüfungskommission mitgeteilt werden. Ueber die Verwendung des Gnadenfonds wurde ein Beschluß nicht gefaßt.

Von dem Repräsentationsfonds des Statthalters in Höhe von 200 000 M. wurden auf Antrag des dem Zentrum angehörigen Vorsitzenden der Budgetkommission 100 000 M. als künftig wegfallend bezeichnet.

Die entsprechende Kürzung der Gehälter des Staatssekretärs und der Unterstaatssekretäre wurde für die Beratung der Besoldungsvorlage vorbehalten. Gestrichen wurde auch von der gleichen Mehrheit wie oben der geheime Fonds der politischen Polizei (44 000 M.), weil auch darüber die Regierung die Vorlage der Belege verweigerte, was in keinem Parlamente geschehen dürfe.

Die Situation im Rudolstädter Landtag.

Bei der Präsidentenwahl, die, wie bekannt, ein rein sozialdemokratisches Präsidium ergab, beschwerten sich die bürgerlichen Abgeordneten darüber, daß man sie nicht zu den Vorberatungen über die Präsidentenwahl zugezogen habe. Unsere Genossen erklärten, daß dies nur die Konsequenz des Verhaltens der bürgerlichen Landtagsmajorität in den letzten Legislaturperioden sei, die damals unsere Genossen systematisch vom Präsidium ausschlossen. Nach der Wahl gab der Staatsminister die bereits bekannten Gesetzentwürfe und Eingaben bekannt, die an den Landtag gelangt sind. Der Staatsminister empfahl, zuerst den **Etat** und die damit zusammenhängenden Vorlagen zu beraten. Dann gab Genosse **Hartmann** namens der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der vorgeschlagen wird, sofort folgende Forderungen unserer Partei zu beraten: 1. eine gründliche Revision des Einkommensteuergesetzes, 2. statt der Kapitalrentensteuer eine Vermögenssteuer einzuführen, deren Ertrag zum Abbau der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu verwenden ist, 3. die Besoldung der Volksschullehrer ist vollständig auf die Staatskasse zu übernehmen, 4. Trennung von Staat und Kirche, 5. Kürzung der Kameralrente um 32 000 M. jährlich, 6. Einführung einer neuen Gemeindeordnung, 7. Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind Sonntags vorzunehmen, 8. Einführung des Proportionalwahlsystems für die Landtagswahl. Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlrechtsverschlechterung zugunsten der Höchstbesteuerten sei eine Brüskierung des ganzen Volkes, das eine zeitgemäßere freiere Politik wünsche. Komme die Regierung und der Landtag diesen gerechten Wünschen der sozialdemokratischen Landtagsmajorität nicht entgegen, so sei **die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, den Etat abzulehnen.** Der Staatsminister, dem diese Anträge noch nicht bekannt waren, protestierte schwach. Gesetzgebungs- und Finanzausschuß werden nunmehr in den nächsten Tagen zusammentreten und über die Geschäftslage beraten. Es ist zweifellos, daß die Regierung gegen unsere Anträge ist und damit die **Auflösung des Landtags** in einer der nächsten Sitzungen wahrscheinlich ist.

•

Etwas Staatsstreich gefällig?

In einer Betrachtung über die Situation im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt kommt die Tägliche Rundschau zu dem Schluß:

„Die Regierung ist deshalb offenbar bereits entschlossen, den Landtag aufzulösen und eine Wahlreform durchzudrücken, die die sozialistische Mehrheit wieder beseitigen soll.“

Im Landtag, der eine sozialdemokratische Mehrheit hat, kann die Regierung natürlich keine „Wahlreform“ durchdrücken. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann kann die Bemerkung des alldeutschen Blattes nur dahin gedeutet werden, daß die Regierung des Kleinstaates nach preußischem Muster ein schlechteres Wahlrecht oktroyiren will. Man nennt eine solche Revolution von oben den Staatsstreich.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG